



**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
„Mehr Flexibilität und Transparenz bei der Pandemiebekämpfung“  
BT-Drucksache 17/3544**

**Stellungnahme der Kassenärztlichen Bundesvereinigung**

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) begrüßt alle Anstrengungen zur Verbesserung der nationalen Vorbereitung auf eine Pandemie, hat sich mit dieser Zielsetzung seit 2007 intensiv an allen bisherigen Beratungen des Robert Koch Institutes (RKI) und diesbezüglicher Expertengruppen beteiligt und hat gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen die vertragsärztlichen Praxen auf den Pandemiefall vorbereitet. Die KBV ist aktuell institutioneller Gastteilnehmer beim neu einberufenen Expertenbeirat Influenza des RKI.

Zum Antrag „Mehr Flexibilität und Transparenz bei der Pandemiebekämpfung“, BT-Drucksache 17 / 3544, nehmen wir wie folgt Stellung:

Die KBV teilt die Auffassung, dass die Erfahrungen mit der Umsetzung der Pandemieplanung, der öffentlichen Information und der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Laufe der H1N1-Pandemie 2009/2010 erheblichen Verbesserungsbedarf erkennen lassen.

Die KBV unterstützt ausdrücklich alle Forderungen des Antrages.

Vertragsärzte haben im Pandemiefall die Prävention noch nicht Erkrankter, vor allem aber auch die kurative Versorgung der ggf. massenhaft Erkrankten sicher zu stellen. Aus den Fehlern 2009/2010 sind folgende Forderungen an die zukünftige Pandemieplanung zu ergänzen:

- vorab Festlegung eines bundesweit einheitlichen Vorgehens, insbesondere zur Durchführung der Impfung (Vertragsärzte oder ÖGD),
- vorab bundesweit einheitliche Festlegung, welche diagnostischen Tests durchzuführen sind und dass die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zur Kostenübernahme verpflichtet ist sowie
- vorab bundesweit einheitliche Festlegung, dass die GKV zur Kostenübernahme einer vorausschauenden Bevorratung der Praxen mit Medikamenten, Einmalartikeln und diagnostischen Tests verpflichtet ist.